Unsere Frauen sichern unsere Zukunft *(Bundeskanzler Ehrhardt 1965)*

Im Nachkriegs-Deutschland leben ca. 7 Millionen mehr Frauen als Männer. Sie sorgen fürs tägliche Überleben und tragen die Hauptlast beim Wiederaufbau, leisten in über 5000 überparteilichen Frauenausschüssen Hilfe zur Selbsthilfe und setzen sich in Stadt-und Gemeinderäten für den politischen Neubeginn ein. Unterstützt von einer machtvollen Frauenöffentlichkeit erreichen die vier „Mütter" des Grundgesetzes 1949 die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Artikel 3.2 des Verfassungswerkes.

Die 50er und 60er Jahre kennzeichnen dann Aufschwung und bescheidenen Wohlstand, aber auch gesellschaftliche Stagnation. Viele Frauen, die im Krieg und in der Nachkriegszeit allein „ihren Mann" stehen mussten, kehren in die Familie zurück. Das konservative Frauenbild der Regierung Adenauer stützt ihre Entscheidung. Im 1953 eingerichteten Familienministerium stärkt Minister Würmeling (CDU) kinderreiche Familien und Mütter mit Kindergeld, Steuerfreibeträgen, Ermäßigungen bei Bahnfahrten und Müttererholungen. 1957 streicht der Bundestag im Ehe-und Familienrecht das Alleinentscheidungsrecht des Mannes und stellt die Kinder unter „elterliche Gewalt". Die „Hausfrauenehe" bleibt bestehen, die Frau kann erwerbstätig sein, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist".

1950 sind 44 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren erwerbstätig. Die boomende Wirtschaft benötigt weibliche Arbeitskräfte. Frauenarbeit lässt sich durch die Einführung von „Leichtlohngruppen" profitabel abschöpfen. Die weibliche Erwerbsquote steigt, auch bei den verheirateten Frauen. Ihr Anteil erhöht sich von 26 Prozent im Jahr 1950 auf 36,5 Prozent im Jahr 1961. Ihre Berufstätigkeit bleibt allerdings umstritten. Heftig wird über „Rabenmütter" und „Schlüsselkinder" diskutiert. Ende der 60er Jahre leben immer mehr Frauen nach dem Dreiphasenmodell: Berufstätigkeit bis zum ersten Kind, Familienphase, danach Rückkehr ins Erwerbsleben.

Hausfrauen! Freier Wettbewerb hält die Preise nieder
(FDP 1957)

Die Parteien thematisieren auf ihren Plakaten Wiederaufbau, Wiederaufrüstung und Wirtschaftswunder. „Für eine freie und bessere Zukunft" heißt es 1953 bei der SPD, „Keine Experimente" 1957 bei der CDU.

Die Parteien sprechen Frauen vor allem in ihrer Familienrolle und als Konsumentinnen an. Die SPD erinnert öfters an ihren Anteil beim Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen. Die CDU stellt sich als Bewahrerin des Elternrechts an den Kindern dar. Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) versucht Frauen über deren Rolle als (künftige) Ehefrau zu gewinnen. Ihre Botschaft, die Wiedervereinigung Deutschlands, inszeniert sie in Form eines Streitgesprächs zwischen Mann und Frau.

Meistens versuchen die Parteien, die Wählerinnen mit Schlagworten wie „Freiheit", „Frieden" und „Wohlstand" zu gewinnen. Die Bildmotive erinnern häufig an Kaufhausreklame: die glückliche Familie vor dem eigenen Haus und Auto, strahlende Kinder.

Unsere Sicherheit
(CDU 1965)

Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt noch rund 3 Prozent niedriger als die der Männer. Trotzdem tragen die Wählerinnen wesentlich zu den großen Wahlsiegen der CDU/CSU bei. Deren Wahlergebnisse liegen bei ihnen meist um rund 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

Die SPD findet demgegenüber geringeren Zuspruch bei den Wählerinnen. Erst mit der Wahl von 1969 beginnt sich das „Frauendefizit" der SPD aufzulösen. Sie gewinnt bei der ersten „Willy-(Brandt)-Wahl" viele Stimmen von jungen Frauen. Kleinere Parteien wie die FDP können bei den Frauen kaum punkten. Diese schätzen auch nicht die rechten Splittergruppen und verhindern 1969 den Einzug der NPD in den Bundestag.

Die Wahlforschung erklärt die Erfolge der CDU/CSU mit deren enger Bindung an die christlich-kirchliche Wertegemeinschaft. Gottesdienste, christliches Vereinsleben und kirchliche Alltagskontakte garantieren die emotionale Nähe zwischen den Unionsparteien und der Mehrheit der Wählerinnen. Diese besuchen weit regelmäßiger als die Männer die Gottesdienste und folgen in der katholischen Kirche den Appellen der Wahlhirtenbriefe zum Wahlgang.

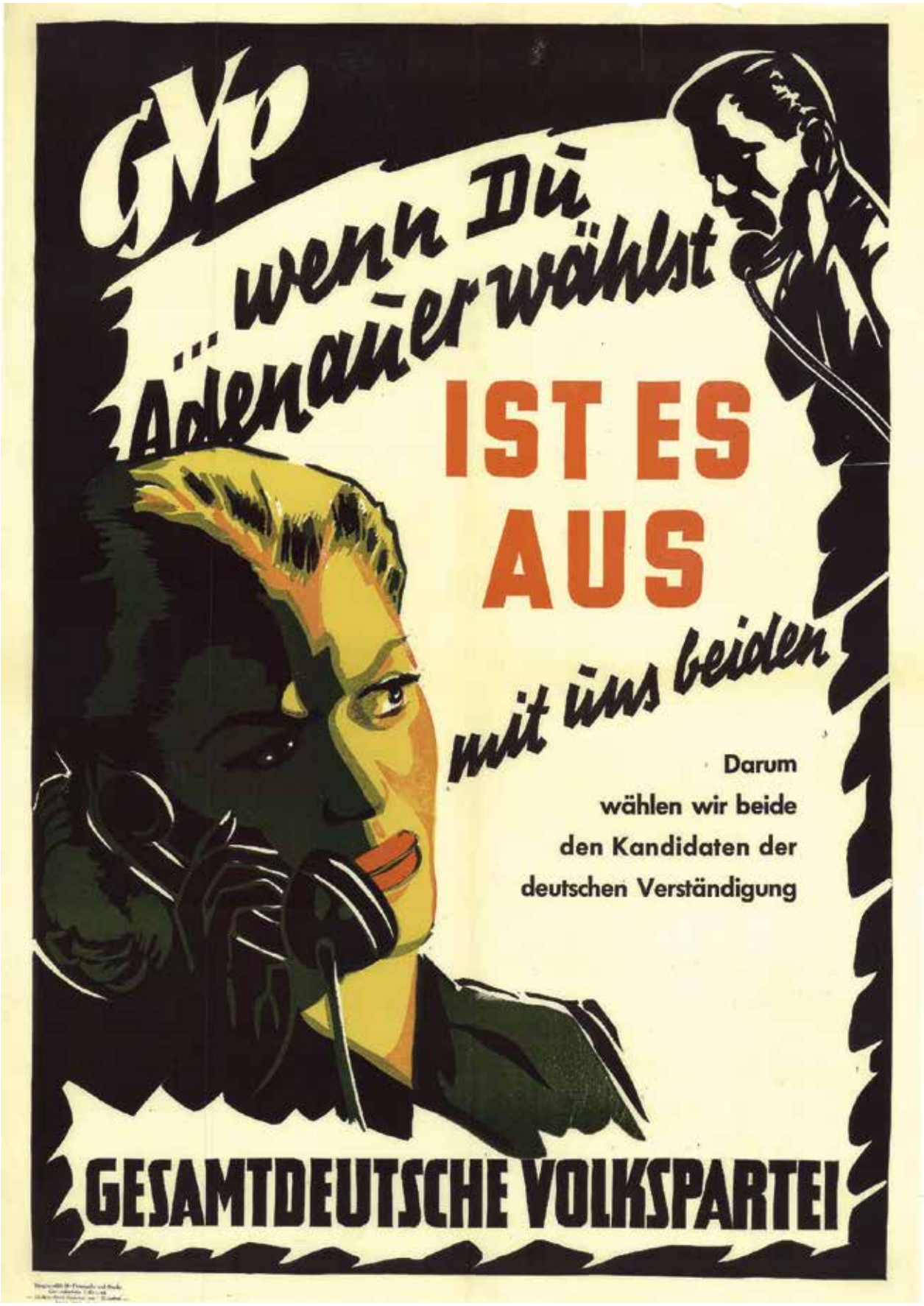
Außerdem beeinflusst die stärkere Konzentration auf die Familie das Wahlverhalten der Frauen. Erwerbstätigkeit empfinden sie häufig noch als nachrangig zur ihrer eigentlichen „Bestimmung" in der Familie.

Wir haben die richtigen Männer
(SPD 1969)

Die Parteien fördern die politische Teilhabe von Frauen kaum. Mitte der 50er Jahre sind in der SPD 19 Prozent Frauen, in der CDU 17 Prozent Frauen organisiert, Tendenz fallend. Im Bundestag sinkt der Anteil der Parlamentarierinnen von 9,2 Prozent im Jahr 1957 auf 6,6 Prozent im Jahr 1969 ab. Zwischen 1953 und 1965 verlieren die Frauen in der SPD-Fraktion 4,2 Prozent, die Frauen in der CDU-Fraktion 2,2 Prozent ihrer Anteile. 1961 ernennt Kanzler Adenauer nach langem Zögern mit Elisabeth Schwarzhaupt erstmals eine Frau als Bundesministerin, und zwar für das Gesundheitsressort.

... um die STIMMEN der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bundestagswahl 1949
Druck: Th. Schäfer, Hannover
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 1095

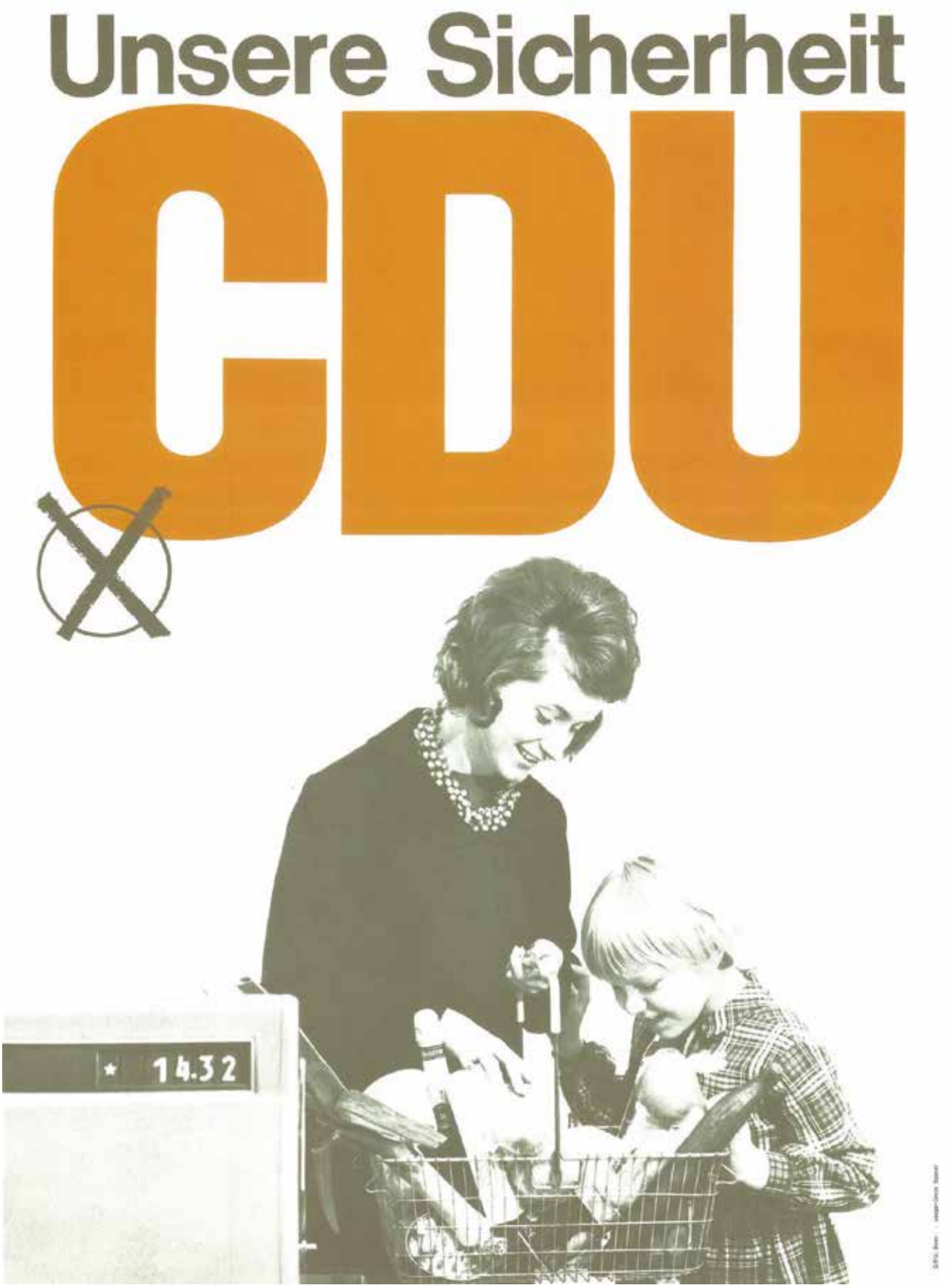


... um die STIMMEN der Frauen

Gesamtdeutsche Volkspartei, Bundestagswahl 1953
Gestaltung/Druck: Loschke-Druck, Hannover
Reproduktion aus Stadtarchiv Hannover, Plakatsammlung Nr. 3112

... um die
STIMMEN
der Frauen

Freie Demokratische Partei, Bundestagswahl 1957
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Friedrich-Neumann-Stiftung,
Archiv des Liberalismus, Gummersbach



... um die
STIMMEN
der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 1965
Druck: Jäger-Druck, Speyer
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin